

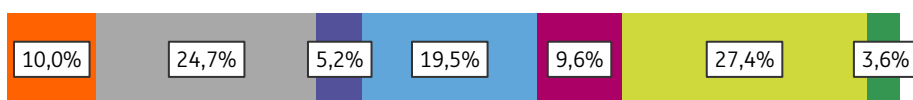
Mehr Geld für Rüstung? Nicht die erste, aber eine Priorität

Was machen deutsche Verbraucherinnen und Verbraucher angesichts der veränderten geopolitischen Lage mit ihrem Geld – und was sollte der Staat ihrer Ansicht nach tun?

Nach dem Ende des Kalten Krieges hatten sich Deutschland und seine Wirtschaft in einer Welt mit neuen Absatzmärkten, günstigen Produktionsstandorten für Vorprodukte und billiger Energie aus vornehmlich russischem Erdgas behaglich eingerichtet. Auch der Anteil der Rüstungsausgaben am Bundeshaushalt sank deutlich. Doch spätestens mit dem russischen Überfall auf die Ukraine dürfte klar geworden sein, dass sich die Welt erneut verändert hat. In einer repräsentativen Umfrage befragten wir Verbraucherinnen und Verbraucher, welchen Einfluss die veränderte Sicherheitslage auf ihr Konsum- und Spar-/Investitionsverhalten hat und in welchen Bereichen sie höhere oder niedrigere Staatsausgaben für sinnvoll halten.

- **20 Prozent der Deutschen sehen sich veranlasst, mehr zu sparen und weniger zu konsumieren – bei 10 Prozent ist es umgekehrt.**
- **Risikovermeidung ist die am häufigsten genannte Änderung im Spar-/Investitionsverhalten.** Ein gutes Viertel achtet jetzt mehr auf die Sicherheit ihrer Geldanlagen.
- **Knapp 5 Prozent der Deutschen geben an, verstärkt im Bereich Rüstungsindustrie zu investieren.** Fast die Hälfte findet, dass ein solches Investment ethisch vertretbarer geworden ist – nur 20 Prozent sehen das anders.
- **41 Prozent sind der Meinung, dass Deutschland seine Verteidigungsausgaben steigern sollte** – das ist allerdings der niedrigste Wert von insgesamt sechs Kategorien staatlicher Ausgaben, nach denen gefragt wurde.

Abb. 1 „Wie wirken sich die gestiegenen geopolitischen Spannungen auf Ihr Ausgabeverhalten und Ihr Spar-/Investitionsverhalten aus?“



- Ich habe nicht das Gefühl, dass die geopolitischen Spannungen größer sind als sonst
- Ich habe ohnehin kein Geld zum Sparen/Investieren
- Ich spare/investiere aus anderen Gründen ohnehin nicht
- Ich gebe jetzt weniger aus und spare/investiere mehr
- Ich gebe jetzt mehr aus und spare/investiere weniger
- Keine Verschiebung zwischen Konsum und Sparen/Investment
- Sonstiges

Sebastian Franke

Economist

Frankfurt +49 69 27 222 65154

Sebastian.Franke@ing.de

Quelle: ING Consumer Research

Was macht die veränderte Situation mit Konsum und Sparen/Investitionen?

Dass sich die Weltlage verändert hat und geopolitische Spannungen gestiegen sind, darüber besteht weitgehende Einigkeit: Nur 10 Prozent teilen diese Ansicht nicht. Weitere 30 Prozent geben an, ohnehin nicht zu sparen oder zu investieren – größtenteils aufgrund fehlender Mittel.

Unter den verbliebenen 60 Prozent ist es eine knappe Minderheit, für die sich an der Gewichtung zwischen Konsum einerseits und Sparen/Investieren andererseits nichts geändert hat. Knapp 20 Prozent sehen sich angesichts gestiegener Unsicherheit veranlasst, ihren Konsum einzuschränken und mehr beiseitezulegen; rund halb so viele reagieren entgegengesetzt.

Ob nun mehr, weniger oder gleich viel wie bisher gespart und/oder investiert wird – eine veränderte Wahrnehmung der weltweiten Sicherheitslage kann auch Einfluss darauf haben, nach welchen Kriterien über die Anlage der verfügbaren Mittel entschieden wird. Ein knappes Drittel gibt an, dass sich in dieser Hinsicht bei ihnen nichts verändert habe.

Abb. 2 „Wie wirken sich die gestiegenen geopolitischen Spannungen auf Ihr Spar-/Investitionsverhalten aus?“



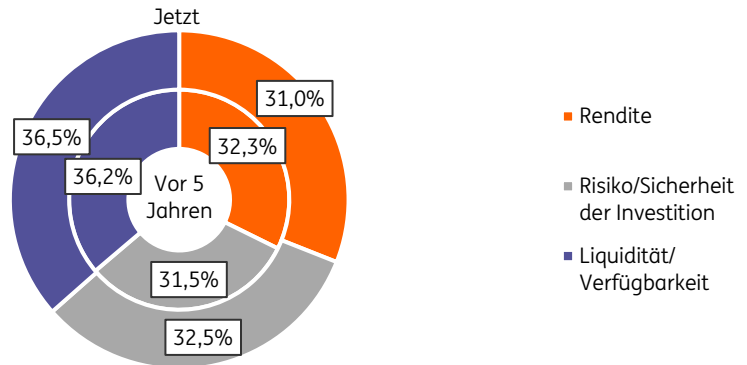
Maximal zwei aus den drei Antworten „niedrigeres Risiko“, „höhere Liquidität“ und „höhere Renditen“ konnten kombiniert werden; Quelle: ING Consumer Research

Mehr als ein Viertel gibt hingegen an, nun auf Anlagen mit geringerem Risiko zu setzen. Die anderen beiden Ecken des „magischen Dreiecks der Geldanlage“ – Rendite und Liquidität – bekommen selbst zusammengenommen weniger Aufmerksamkeit.

Besonders ausgeprägt scheint die neue Gewichtung der widerstreitenden Ziele „höhere Rendite“, „niedrigeres Risiko“ und „höhere Liquidität“ allerdings nicht zu sein – oder diejenigen, die jetzt verstärkt auf Rendite oder Liquidität setzen, tun dies in größerem Umfang als die, denen nun die Sicherheit wichtiger ist. Bei der Frage nach der derzeitigen Gewichtung dieser drei Aspekte und der Gewichtung vor fünf Jahren zeigt sich jedenfalls in

Summe nur eine minimale Verschiebung von Rendite zu Risiko, die statistisch nicht signifikant ist.

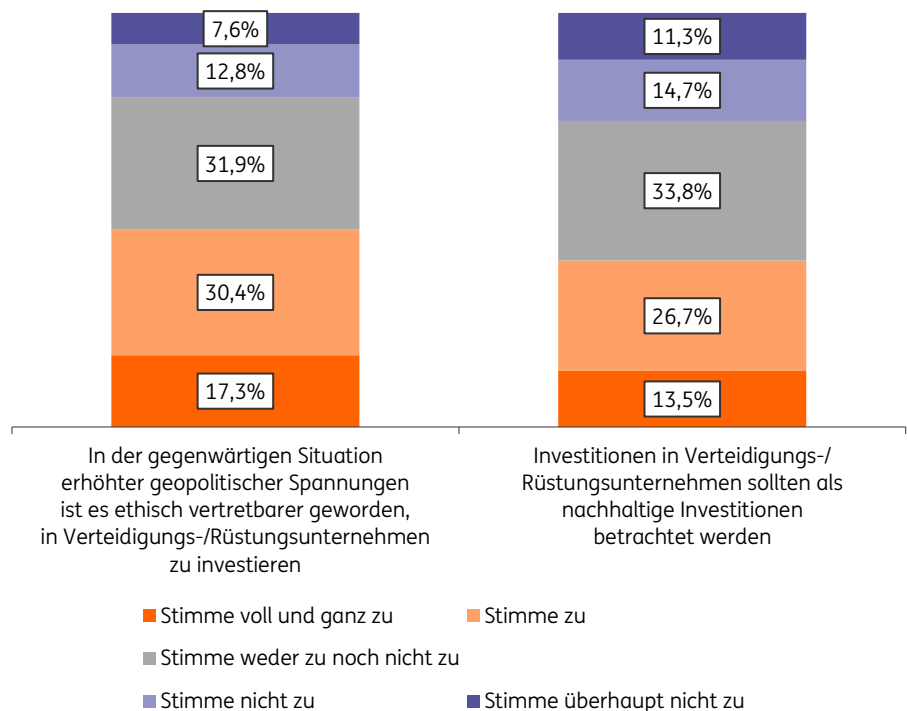
Abb. 3 „Wenn Sie fünf Jahre zurückdenken, was waren damals Ihre Prioritäten beim Sparen/Investieren?“ und „Welche Prioritäten setzen Sie jetzt beim Sparen/Investieren?“



Jeweils Angabe eines Prozentwerts, der die Bedeutung für die Entscheidungsfindung widerspiegelt, Prozentwerte mussten sich zu 100 addieren; Quelle: ING Consumer Research

In einer unsicheren und konfliktreichen Welt mag es naheliegend erscheinen, verstärkt in Hersteller von Rüstungsgütern zu investieren. Von denjenigen Befragten, die sparen oder investieren und eine veränderte Sicherheitslage wahrnehmen, geben knapp 5 Prozent an, ihre Investitionen in diesem Bereich erhöht zu haben. Das erscheint zunächst nicht sonderlich bemerkenswert – zieht man aber in Betracht, dass das Deutsche Aktieninstitut die Aktionärsquote hierzulande mit lediglich 17,6 Prozent angibt, relativiert sich dieser Eindruck. Und fast die Hälfte der Deutschen ist der Ansicht, dass angesichts der veränderten Sicherheitslage ein solches Investment ethisch vertretbarer geworden ist.

Abb. 4 „Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu bzw. nicht zu?“



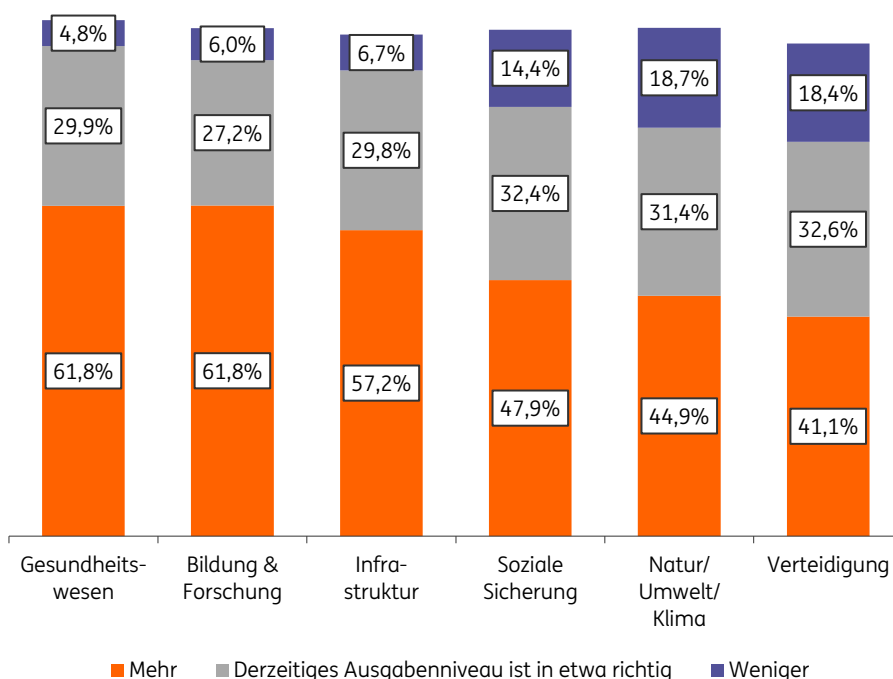
Quelle: ING Consumer Research

Etwas weniger Anklang findet der Vorschlag, Investitionen in die Rüstungsindustrie als nachhaltig zu klassifizieren. Auch hier fällt mit 40 zu 26 Prozent die Zustimmung aber deutlich höher aus als die Ablehnung. Hintergrund dieser Diskussion ist die sogenannte EU-Taxonomie, ein Regelwerk, das Kriterien festlegt, nach denen wirtschaftliche Tätigkeiten als nachhaltig eingestuft werden können. Diese EU-Verordnung hat das Ziel, Investitionen in nachhaltige Aktivitäten zu erleichtern. Im Umkehrschluss würde das bedeuten, dass Investments in Branchen, die nicht von der Taxonomie erfasst werden, künftig tendenziell erschwert würden – nach aktuellem Stand auch in der Rüstungsindustrie.

Mehr Geld für die Bundeswehr? Ja, aber andere Bereiche sind noch wichtiger

Angesichts der veränderten Sicherheitslage wird vielfach eine Aufstockung des Verteidigungsetats gefordert, um die Bundeswehr für zukünftige Bedrohungen zu wappnen. Auch die deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher teilen mehrheitlich diese Ansicht – aus sechs vorgeschlagenen Kategorien von Staatsausgaben fällt jedoch der Wert im Bereich Verteidigung am niedrigsten aus. Der Anteil, der beispielsweise für Mehrausgaben in den Bereichen Gesundheitswesen oder Bildung & Forschung votiert, liegt um mehr als 20 Prozentpunkte höher.

Abb. 5 „Glauben Sie, dass die deutsche Regierung mehr oder weniger für die folgenden Ausgabenkategorien ausgeben sollte?“



Differenz zu 100 Prozent: „Weiß ich nicht“; Quelle: ING Consumer Research

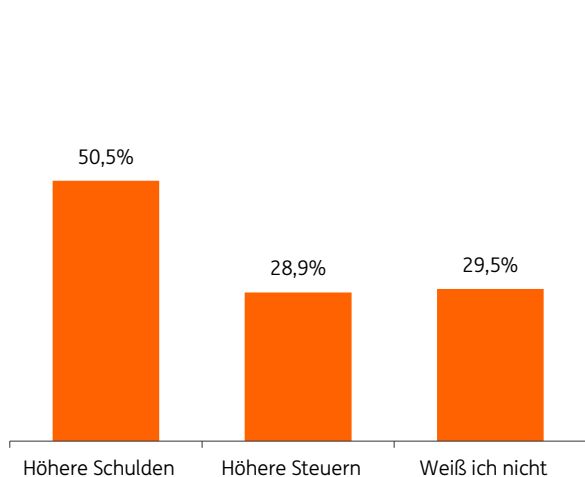
Im Durchschnitt sprechen sich die Befragten bei 3,1 der sechs Kategorien für Mehr- und bei 0,7 Kategorien für Minderausgaben aus. Diejenigen, die beides in jeweils mindestens einer Kategorie fordern, wurden darüber hinaus gefragt, ob sie insgesamt höhere oder geringere Staatsausgaben befürworten. Zusammen mit denen, die sich jeweils nur für Mehr- oder nur für Minderausgaben aussprechen, ergeben sich so rund zwei Drittel, die insgesamt höhere Ausgaben fordern, und ein knappes Sechstel, für das unter dem Strich geringere Ausgaben stehen sollten.

Diejenigen, die sich insgesamt für Mehrausgaben aussprechen, haben auch eine favorisierte Lösung für deren Finanzierung: Mehr als die Hälfte gibt an, dass die geforderten

zusätzlichen Ausgaben durch eine höhere Schuldenaufnahme bezahlt werden sollten. Die Diskussion rund um die Schuldenbremse wird vermutlich nicht so bald abflauen.

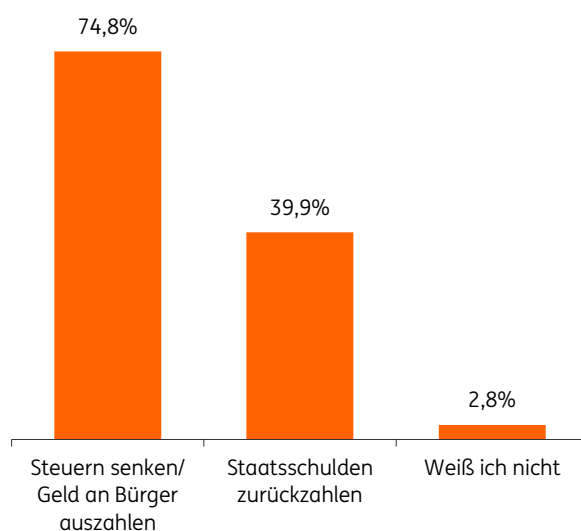
Umgekehrt ist aber für die Befürworter geringerer Staatsausgaben die Reduzierung der staatlichen Schuldenlast nicht die bevorzugte Verwendung der eingesparten Gelder: Sie sprechen sich vielmehr mit deutlicher Mehrheit dafür aus, durch geringere Steuern oder direkte Zahlungen die Einsparungen an die Bürgerinnen und Bürger weiterzugeben.

Abb. 6 „Wie sollten die Mehrausgaben finanziert werden?“



Quelle: ING Consumer Research

Abb. 7 „Was soll mit dem Geld geschehen, das nicht ausgegeben wird?“



Quelle: ING Consumer Research

Mehr Geld (nicht nur) für die Verteidigung – zur Not auch mit roten Zahlen

Mehr Geld für die Verteidigung – da gehen die Deutschen mehrheitlich d'accord. Fast die Hälfte sieht ein Investment in Unternehmen der Rüstungsindustrie in der aktuellen Sicherheitslage mit anderen Augen als zuvor. Und ein beachtlicher Anteil derer, die überhaupt in Unternehmensbeteiligungen investiert sind, handelt auch entsprechend.

Auch dass dem Staat die Sicherheit gegenüber äußeren Bedrohungen mehr wert sein sollte als bisher, findet eine Mehrheit. Noch größere Mehrheiten mahnen aber an, auch Bereiche wie Gesundheit und Bildung nicht zu vernachlässigen – und eine höhere Schuldenaufnahme ist dabei für über die Hälfte kein Tabu.

Näheres zu unserer Umfrage

Ziel der mehrmals jährlich durchgeführten Umfrage ist es, zu einem besseren Verständnis für die finanzielle Entscheidungsfindung von Konsumenten zu gelangen. Die Umfrage wurde vom Ipsos Meinungsforschungsinstitut in Form einer Onlinebefragung mit je rund 1.000 Teilnehmern in Deutschland, Belgien, den Niederlanden, Polen, Rumänien und Spanien durchgeführt.

Disclaimer / wichtige rechtliche Hinweise

Diese Veröffentlichung wurde von der volkswirtschaftlichen Abteilung der ING Deutschland („ING“) zu reinen Informationszwecken erstellt, ohne Berücksichtigung von Anlagezielen, finanzieller Situation oder Mitteln einzelner Nutzer/Leser. Die Informationen in dieser Veröffentlichung stellen weder eine Anlageempfehlung noch eine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung oder ein Angebot oder eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf oder Verkauf eines Finanzinstruments dar. Mit angemessener Sorgfalt wurde darauf geachtet, dass die Angaben in dieser Veröffentlichung nicht unzutreffend oder irreführend sind; ING gewährleistet nicht ihre Genauigkeit oder Vollständigkeit. ING haftet nicht für Schäden, die direkt, indirekt oder mittelbar aus der Nutzung dieser Veröffentlichung entstehen. Wenn nicht anders angegeben, sind alle Ansichten, Voraussagen oder Einschätzungen allein die des Autors oder der Autoren zum Zeitpunkt der Veröffentlichung und können sich ohne Ankündigung ändern

Die Verbreitung dieser Veröffentlichung kann durch Gesetz oder Verordnung in verschiedenen Rechtsordnungen eingeschränkt werden. Wer in den Besitz dieser Veröffentlichung gelangt, sollte sich über derartige Einschränkungen informieren und diese beachten.

Der Inhalt dieser Veröffentlichung und der zugrunde liegende Datenbestand sind urheberrechtlich geschützt. Wiedergabe, Vertrieb oder Veröffentlichung sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der ING gestattet. Alle Rechte sind vorbehalten. Die ING Deutschland wird von der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beaufsichtigt. Die ING Deutschland hat ihren Sitz in Frankfurt am Main und ist eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Registernummer HRB 7727.